



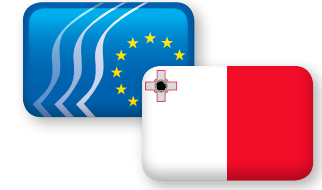
MALTA EU 2017

Die Prioritäten des **EWSA** während des **maltesischen** **EU-Ratsvorsitzes**

Januar bis Juni 2017



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss



Geleitwort des Präsidenten

Malta wird im Januar 2017 zum ersten Mal den Vorsitz des Rates der Europäischen Union übernehmen. Zu einer Zeit, in der der Zusammenhalt der Europäischen Union nach dem Ergebnis des Brexit-Referendums auf die Probe gestellt wird, die Flüchtlingskrise unvermindert anhält, das Vertrauen der Menschen in das europäische Projekt nachlässt und damit Populismus an Fahrt gewinnt, fällt Malta die Aufgabe zu, durch die etablierten Verfahren des Rates maßgeblich zur Einheit – im Kontrast zu unilateralen Entscheidungen – beizutragen. Ich bin überzeugt, dass Malta – auch wenn es sich um ein kleines Land handelt – in der Lage ist, erfolgreich eine neue Ära für Europa einzuleiten.

Ich bin besonders erfreut zu sehen, dass die Prioritäten des maltesischen Ratsvorsitzes Vorschläge des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses beinhalten. Seit vielen Jahren macht unser Ausschuss in seinen Stellungnahmen auf die Bedeutung der Strategie für die Entwicklung der blauen Wirtschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Küstenländern und zum Schutz der Umwelt aufmerksam.

Das Mittelmeer darf nicht als riesiges Seegrab für die Tausenden dort umgekommenen Menschen betrachtet werden. Es ist vielmehr ein Raum der Zusammenarbeit, der Sicherheit und des harmonischen

Zusammenlebens, in dem die benachbarten Länder dazu aufgefordert sind, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten – nicht nur, um sicherzustellen, dass Flüchtlinge nicht länger auf gefährlichen Überfahrten ihr Leben riskieren müssen, sondern auch damit die Menschen der betreffenden Länder, auch ihre Jugend, Zugang zum Arbeitsmarkt und eine angemessenen Entlohnung erhalten und so optimistisch in die Zukunft blicken können.

Die Steuerung der **Migrationsströme** erfordert ein gemeinsames Engagement der EU-Mitgliedstaaten für eine europäische Lösung, die auf einer engen Zusammenarbeit mit den Herkunfts- oder Transitländern außerhalb der EU sowie auf einer engen, solidaritätsbasierten Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten untereinander beruht. Ich hoffe, dass der maltesische Ratsvorsitz alle erforderlichen Initiativen ergreifen wird. Ich bin zuversichtlich, dass er gegenläufige Tendenzen erfolgreich zusammenführen und für alle umsetzbare Lösungsansätze unterbreiten wird.

Im Hinblick auf die jüngsten politischen Entwicklungen ist es keine Überraschung, dass sich die europäischen

Bürgerinnen und Bürger in Zeiten der andauernden Wirtschaftskrise von den Entscheidungsträgern entfremdet fühlen. Sie haben das Gefühl, dass Europa sie nicht betrifft. Angesichts dieser Tendenzen müssen wir mit mehr, nicht mit weniger Europa reagieren.

Die Errichtung einer **Säule sozialer Rechte** sollte sich auf den sozialen Besitzstand der EU stützen und diesen erweitern, um der Politik in einer Reihe von Bereichen, die für das reibungslose und gerechte Funktionieren der Arbeitsmärkte und Sozialschutzsysteme wesentlich sind, die Richtung zu signalisieren. Das Ziel besteht letztendlich darin, den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Der Ausschuss unterstützt diesen Vorschlag der Kommission, wobei die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger stets im Vordergrund stehen müssen, und hofft, dass der maltesische Ratsvorsitz dazu beitragen wird, die Dinge in diese Richtung zu lenken.

Die Menschen haben die Kriege der Vergangenheit vergessen und halten den Frieden für selbstverständlich. Doch **Frieden ist eine Errungenschaft**, auf die stets aufs Neue hingearbeitet werden muss. Die EU ist der Hauptgarant eines Raums des Friedens und des Wohlstands für seine Bürgerinnen und Bürger und muss deshalb bewahrt werden. Bei der europäischen Identität geht es insbesondere darum, die **Kluft zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den europäischen Institutionen zu überbrücken**, und den Menschen in den Mitgliedstaaten verständlich zu machen, dass sie über die besonderen Merkmalen ihrer eigenen Länder hinaus auch eine gemeinsame europäische kulturelle Tradition und Erbe eint. Sie haben eine gemeinsame Zukunft. Ich bin daher zuversichtlich, dass die europäische Identität unter dem maltesischen Ratsvorsitz fest etabliert wird, einen eigenständigen unverkennbaren Charakter annimmt und damit eine Investition in Europas Kulturerbe sein wird.

Am 25. März 2017 jährt sich die **Unterzeichnung der Römischen Verträge zum 60. Mal**. Diese Verträge wurden laut Präambel unterzeichnet „in dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen; entschlossen, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Staaten zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen; [und] in dem Vorsatz, die stetige Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben“.

Malta hat die Ehre, aber auch die Verantwortung, dieses Projekt neu zu beleben. Es kann sich dabei auf den EWSA als verlässlichen Partner stützen.

Georges DASSIS
Präsident des EWSA

Geleitwort der maltesischen Mitglieder des EWSA

Wir übernehmen erstmals das Steuer des EU-Ratsvorsitzes, zu einer Zeit, in der sich Europa bisher nicht gekannten Herausforderungen gegenübersteht, wie beispielsweise dem Brexit und der Migration, um nur zwei der größten Probleme zu nennen. Der **Zustrom irregulärer Zuwanderer und die Flüchtlingskrise** haben Europa unvorbereitet getroffen und darüber hinaus enorme Herausforderungen im Bereich der **Sicherheit** mit sich gebracht. Während seines EU-Ratsvorsitzes wird Malta der Sicherheit und der Bekämpfung des **Terrorismus** sehr hohe Priorität einräumen: Ohne Frieden und Sicherheit im Mittelmeerraum ist an Sicherheit in Europa nicht zu denken. Unser Land wird in diesem Zusammenhang alles daran setzen, dem Euromed-Prozess neuen Schwung zu verleihen.

Ein weiteres wichtiges Element des Programms des Ratsvorsitzes sind die **Binnenmarktvorschriften**, einschließlich des digitalen Binnenmarkts, der Energieunion und der Kapitalmarktunion. Außerdem wird der EWSA in den vom maltesischen EU-Ratsvorsitz angeforderten Sondierungsmaßnahmen möglichen Diversifizierungsstrategien für den Wasser- und Meerestourismus nachgehen, wobei der Schwerpunkt auf dem Thema **Nachhaltigkeit** liegen soll, sowie sich im Zusammenhang mit den Inseln der EU mit der Frage integrativer Gebiete befassen.

Das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie der Tourismus spielen in allen EU-Mitgliedstaaten eine wichtige volkswirtschaftliche Rolle. Ihnen wird jedoch häufig weder gebührende Anerkennung zuteil noch werden sie als Teil einer Branche gesehen, in der viele Hunderttausende Menschen beschäftigt sind und die nach dem Finanzdebakel 2008 zu den widerstandsfähigsten zählte. Der EWSA wird eine Initiativstellungnahme zum **Küsten- und Meerestourismus** ausarbeiten, mit der vorbildliche Verfahren für diese Branche ermittelt und viele Lösungsansätze für Regionen geliefert werden sollen, die gegenwärtig unter mangelnden Beschäftigungs- und Investitionsmöglichkeiten leiden.

Bildung, Energie, Armutsbekämpfung und soziale Eingliederung sind ebenfalls Elemente, die während des maltesischen Ratsvorsitzes auf unserer Tagesordnung stehen werden. Wir werden uns insbesondere auf die Art von Bildung konzentrieren, die zu hochwertigen und menschenwürdigen Arbeitsplätzen führt und somit als Instrument zur Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und Armut dienen kann. Zwei der angeforderten Sondierungsmaßnahmen stehen in enger Beziehung zu diesem Konzept: die „Hochwertige Bildung für alle“ und „Ausweitung der Kompetenzen von Personen auf dem Arbeitsmarkt“. Wir sind der Auffassung, dass Bildung und Umschulung den Bürgerinnen und Bürgern als Plattform dienen sollten, damit sie ihren Platz in der Gemeinschaft finden. Dies wiederum wird zu Sicherheit, einer guten Verwaltung, besserer Verteilung des Wohlstands, stabiler Energieversorgung und einer Beeinflussung des Klimawandels führen oder zumindest dazu beitragen. Die Verbesserung von Finanzdienstleistungen, sozialen Rechten und Pflichten und die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung werden folgen. Bei all diesen Punkten soll insbesondere auch die Situation im Mittelmeerraum berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund sind wir der Ansicht, dass Malta Sozialpartner, denen eine maßgebliche Rolle zukommt, ihren Beitrag leisten sollten.

Die maltesischen Mitglieder des EWSA



Stefano MALLIA
Gruppe Arbeitgeber

*Ehemaliger Vorsitzender der maltesischen Kammer für Handel, Unternehmen und Industrie
Stefano.mallia@mt.gt.com*



Philip VON BROCKDORFF
Gruppe Arbeitnehmer

*Berater, Gewerkschaft UHM
philipvonbrockdorff@yahoo.co.uk*



Benjamin RIZZO
Gruppe Verschiedene Interessen

*Vorsitzender des zivilgesellschaftlichen Ausschusses Malta, Vertreter der Organisationen der maltesischen Zivilgesellschaft
benrizzo@go.net.mt*



Tony ZAHRA
Gruppe Arbeitgeber

*Präsident, maltesischer Hotel- und Gaststättenverband
tony zahra@alpinemalta.com*



Charles VELLA
Gruppe Arbeitnehmer

*(BA (Hons) Int. Rel.)
Referent für Forschung und Information,
Gewerkschaftsbund GWU
charles.vella@eesc.europa.eu*

Die Prioritäten der europäischen Zivilgesellschaft während des maltesischen Ratsvorsitzes



Dieser Ratsvorsitz fällt in eine entscheidende Phase für Europa. Neben seiner Arbeit an den vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, die die EU unverzüglich bewältigen muss, wird der Ratsvorsitz auch die zentrale Aufgabe haben, im März 2017 den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge feierlich zu begehen und bei dieser Gelegenheit den **Reflexionsprozess über die Zukunft der EU**, der von den Staats- und Regierungschefs im September 2016 in Bratislava eingeleitet wurde, zum Abschluss zu bringen. Die Kommission wird eine solche Zukunftsvision in einem Weißbuch darlegen, das sich insbesondere mit der Notwendigkeit der **Stärkung und Reform der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)** befassen soll.

Der EWSA wird unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen seine **prioritären Arbeiten zur Vollendung der WWU** fortsetzen, indem er, mit den europäischen und nationalen Entscheidungsträgern die einvernehmlichen Standpunkte aller einschlägigen zivilgesellschaftlichen Interessenträger, wie sie in seinen jüngsten Stellungnahmen zu diesem Thema zum Ausdruck kommen, erörtert. Der EWSA hat bereits eine Reihe von Vorschlägen für die kurz-, mittel- und langfristige Entwicklung der WWU unterbreitet. Er wird diesen nun weiter nachgehen, insbesondere durch die Veranstaltung einer **hochrangigen Konferenz über die Zukunft der WWU** im Vorfeld des Gipfels im März 2017 und des Weißbuches der Kommission.

Vor dem Hintergrund des Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik wird der EWSA die **Empfehlungen der Zivilgesellschaft zu den notwendigen politischen Maßnahmen für das Euro-Währungsgebiet** vorlegen. Der Ausschuss beabsichtigt zudem, in einer separaten Stellungnahme das Problem der **ungleichmäßigen**

Verteilung des Wohlstands in Europa zu thematisieren und eine allgemeine öffentliche Diskussion zu diesem Thema in die Wege zu leiten, die in die künftigen Politikvorschläge der Europäischen Kommission in diesem Bereich einfließen könnte.

Der Ausschuss wird seinen Standpunkt zur obligatorischen Halbzeitüberprüfung des **mehrwährigen Finanzrahmens (MFR) 2014-2020** einbringen und sich dabei auf die politischen Empfehlungen stützen, die in seiner Initiativstellungnahme über einen „leistungsorientierten und auf echte Ergebnisse fokussierten EU-Haushalt“ unterbreitet hat.

Im Bereich der indirekten Besteuerung steht der Ratsvorsitz im Zeichen der Bemühungen um eine tiefgreifende Reform und **Modernisierung des europäischen Mehrwertsteuersystems**. Der EWSA wird sich an der politischen Diskussion über Legislativvorschläge beteiligen, die aus dem „Mehrwertsteuer-Aktionsplan“ resultieren, zu welchem der EWSA bereits eine Einschätzung und Empfehlungen vorgelegt hat. Dabei möchte der EWSA insbesondere einen Beitrag zur Gestaltung der **MwSt.-Vorschriften (Paket) für den digitalen Binnenmarkt** leisten. Im Bereich der direkten Besteuerung wird der EWSA Anregungen zum erwarteten **Körperschaftsteuerepaket** unterbreiten, das die seit Langem ungelöste Frage der **gemeinsamen konsolidierten Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer (GKKB)**, die Beilegung von Doppelbesteuerungstreitigkeiten sowie hybride Gestaltungen mit Drittländern umfassen wird.

Was die Finanzmärkte und die Finanzierung der Wirtschaft anbelangt, wird der bevorstehende Zeitraum weiterhin von den Bemühungen



...

geprägt sein, eine echte Europäische Kapitalmarktunion zu schaffen, und der EWSA wird mit Rechtsetzungsimpulsen wie der Änderung der **Eigenkapitalverordnung (CRR)** zur Anpassung an das Baseler Regelwerk und der **Sanierung und Abwicklung von zentralen Gegenparteien** beschäftigt. Der EWSA wird ferner auf den allgemeinen **EU-Rechtsrahmen für Finanzdienstleistungen** eingehen, bei dem die Kommission etwaige Widersprüchlichkeiten, Inkohärenzen und Regulierungslücken sowie unnötige regulatorische Belastungen und andere Faktoren zu ermitteln versucht, die sich negativ auf langfristige Investitionen und das Wachstum auswirken. Darüber hinaus wird der Ausschuss das Weißbuch über die Revision des **Finanzierungsmodells für die europäischen Aufsichtsbehörden** prüfen. Als Beitrag zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung wird der EWSA Empfehlungen für politische Entscheidungsträger in Bezug auf die Verlängerung der Laufzeit des **Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI 2.0)** sowie auf Maßnahmen und Aktionen im Rahmen der Initiative zur **Förderung des Wachstums von KMU und Start-up-Unternehmen** ausarbeiten.

Angesichts der weiterhin zunehmenden Ungleichheit, Armut und sozialen Ausgrenzung wird der Schwerpunkt der Tätigkeit des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) auch künftig auf dem **Europäischen Sozialmodell** unter besonderer Berücksichtigung der Errichtung einer europäischen Säule sozialer Rechte liegen. Zu den zentralen Prioritäten wird weiterhin die Schaffung von Arbeitsplätzen zählen, wobei sich der EWSA auf innovative politische Maßnah-

men konzentrieren wird, die das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Belangen wahren. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf Maßnahmen liegen, die die Qualität der Beschäftigung erhöhen und Barrieren für eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt, insbesondere für junge Menschen, Langzeitarbeitslose, Migranten und Flüchtlinge, beseitigen.

Außerdem wird sich der EWSA für **menschenwürdige Arbeit** und eine **fairere Arbeitsmobilität** einsetzen, insbesondere mit Blick auf die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung. Der Ausschuss wird die Auswirkungen des digitalen Wandels und des Übergangs zu einer ressourcenschonenden und grünen Niedrigemissionswirtschaft auf die Beschäftigung, Qualifikationen, soziale Sicherheit und das Arbeitsrecht untersuchen. Konkret bedeutet dies, dass der EWSA – auf Ersuchen des maltesischen Ratsvorsitzes – im Rahmen seiner Arbeit an der neuen europäischen Kompetenzagenda sowie am Thema „hochwertiger Bildung für alle“ Empfehlungen für die Verbesserung der Qualifikationen von Erwerbstätigen formulieren wird.

Der EWSA wird sich weiterhin darum bemühen, die Grundrechte zu stärken und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung vorzugehen. Der Ausschuss wird sich insbesondere weiter für eine **offenere und wirklich gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik** sowie für mehr Solidarität und geteilte Verantwortung in der Europäischen Union einsetzen. Er wird ferner für eine stärkere Anerkennung des Beitrags von Zuwanderern zur europäischen Wirtschaft und Gesellschaft, für die Förderung ihrer **Integration in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft insgesamt**, für bessere allgemeine und berufliche Bildungsmöglichkeiten für Migranten sowie

für die vollumfängliche Achtung ihrer Grundrechte eintreten. Der EWSA wird ebenfalls an der Prüfung der geltenden Rechtsvorschriften zur legalen Migration mitwirken.

Durch eine Initiativstellungnahme wird der EWSA einen Beitrag zum Prozess des Umdenkens für eine umweltfreundlichere und schlankere **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** in der Zeit nach 2020 leisten. Er wird sich weiterhin für die praktische Umsetzung der territorialen Folgenabschätzung sämtlicher EU-politischer Maßnahmen einsetzen, die in der Erklärung von Cork mit dem Titel „Für ein besseres Leben im **ländlichen Raum**“ von 2016 als „rural proofing“ (Mechanismus, durch welchen die jeweiligen Auswirkungen auf den ländlichen Raum geprüft werden) charakterisiert wird. Durch seine ständige Studiengruppe **„Nachhaltige Lebensmittelsysteme“** wird der EWSA weiterhin hervorheben, dass die vielfältigen wirtschaftlichen, umweltbezogenen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Erzeugung und des Verbrauchs von Lebensmitteln in einem ganzheitlichen und integrierten Ansatz angegangen werden müssen. Er wird ferner zu einer umfassenden Ernährungspolitik aufrufen und eine nachhaltigere Agrarproduktion, eine gerechtere Verteilung in der Lebensmittelversorgungskette sowie die Reduzierung und Verhinderung von Lebensmittelverschwendung fördern.

Eine äußerst wichtige Priorität für den EWSA ist die Umsetzung der Ergebnisse des Pariser Klimagipfels (COP21). Die Hauptpriorität des EWSA wird der Rolle der Zivilgesellschaft bei Klimaschutzmaßnahmen, dem Aufbau von Bündnissen mit den Gebietskörperschaften, der systematischen Einbeziehung von Klimaschutzerwägungen in alle EU-Politikbereiche und der Förderung des

Übergangs zu einer emissionsarmen Wirtschaft gelten. Durch die neue Partnerschaft zum Thema „Multi-Level- und Multi-Stakeholder-Governance für eine zügigere, effektivere und integrativere Umsetzung des Übereinkommens von Paris“ wird der EWSA eine von der Basis ausgehende Beteiligung verschiedener Akteure an diversen Klimaschutzprojekten fördern.

Eine Mitwirkung an der praktischen **Umsetzung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung** wird ebenfalls ganz oben auf der Tagesordnung des Ausschusses stehen. Die Einrichtung eines europäischen Forums für nachhaltige Entwicklung soll den Dialog zwischen den europäischen Institutionen und einem breiten Spektrum von Vertretern der Zivilgesellschaft fördern, Eigenverantwortung schaffen und die Zivilgesellschaft in den Überwachungsprozess einbeziehen. Die Einrichtung einer gemeinsamen Plattform mit der Europäischen Kommission im Bereich der **Kreislaufwirtschaft** unter Beteiligung von regierungsunabhängigen Interessenträgern und Sachverständigen wird zur Umsetzung des von der Kommission ausgearbeiteten Aktionsplans zur Kreislaufwirtschaft beitragen. Der EWSA wird seine Stellungnahme aus dem Jahr 2016 zur Halbzeitbewertung der EU-Biodiversitätsstrategie weiter bekanntmachen, mit dem vorrangigen Ziel, die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich zur Einhaltung bereits getätigter Zusagen zu bewegen.

Im Rahmen der fortgesetzten Beobachtung von Trends und Unterbreitung von Vorschlägen zu einschlägigen Fragen, die Verbraucher betreffen, wird der Ausschuss am 21. März 2017 in Malta



...

seinen jährlich stattfindenden 19. **Europäischen Verbrauchertag** veranstalten. Der EWSA wird ferner seine Arbeit im Bereich **Sozialunternehmen und Sozialwirtschaft** fortsetzen. Neben der Beobachtung und Prüfung politischer Entwicklungen in der EU und den Mitgliedstaaten wird er konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des allgemeinen Umfelds für Unternehmen der Sozialwirtschaft festlegen, bewährte Vorgehensweisen in den Mitgliedstaaten verbreiten und die öffentliche Wahrnehmung dieses Sektors verbessern. Darüber hinaus wird sich der EWSA mit **neuen Formen der Produktion und des Verbrauchs** wie der kollaborativen Wirtschaft auseinandersetzen. Der Ausschuss hat sich als einer der ersten mit diesen Trends befasst und erarbeitet derzeit eine Initiativstellungnahme zur funktionalen Wirtschaft. Die Arbeiten zu **neuen Wirtschaftsmodellen**, insbesondere zur kollaborativen Wirtschaft und funktionalen Wirtschaft, werden mit einem stärker koordinierten Ansatz durchgeführt, um diese neuen Trends zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Nachhaltigkeit in Europa stärker miteinander zu verknüpfen. Mit der um die Jahrtausendwende eingeläuteten New Economy halten nämlich seit einigen Jahren neue Prozesse in unseren Gesellschaft Einzug (Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft, partizipative/kollaborative Wirtschaft, Überisierung usw.), die unsere geschäftlichen, beruflichen, aber auch politischen und gesellschaftlichen Praktiken grundsätzlich verändern. Kurz gesagt, unsere Gesellschaften befinden sich in einem Umbruch, der in erster Linie die jüngere Generation betrifft, der deshalb mehr denn je unser Hauptaugenmerk gelten muss. Der Ausschuss beabsichtigt daher, einen Prozess

bereichsübergreifender und systemischer Überlegungen zu dieser Problematik einzuleiten, um so zur Festlegung neuer Zielvorstellungen für 2050 beizutragen. Er will diese Arbeiten während des maltesischen Ratsvorsitzes beginnen und verfolgt das Ziel, innovative Überlegungen auf europäischer Ebene anzustellen, da Antworten auf nationaler Ebene nicht ausreichen werden.

Auf das Ersuchen des maltesischen Ratsvorsitzes hin wird der EWSA außerdem eine Sondierungsstellungnahme zum **Wasser- und Meerestourismus** ausarbeiten. Diese Stellungnahme wird sich auf innovative Strategien für die Entwicklung eines **wettbewerbsfähigeren und nachhaltigeren** Umfelds in Europa konzentrieren.

Der EWSA ist ebenfalls sehr aktiv im Bereich **Forschung und Entwicklung** und erarbeitet derzeit einen Informationsbericht zur Zwischenbewertung der Initiative „Horizont 2020“, der der Europäischen Kommission im ersten Quartal 2017 übermittelt werden soll.

Was den industriellen Wandel betrifft, steht die **Automobilindustrie** derzeit vor ihrer größten Transformation seit der Erfindung des Fließbands, und dies könnte eine neue industrielle Revolution bewirken. Der EWSA wird die Entwicklungen in diesem Wirtschaftszweig genau verfolgen und analysieren sowie die Auswirkungen der **Digitalisierung und innovativer Geschäftsmodelle** im europäischen Finanzsektor unter besonderer Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf die Beschäftigung und Verbraucher prüfen.

Der Ausschuss wird sich aktiv einbringen in die laufende Überprüfung der **globalen EU-Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik**, in die wichtigsten externen Politikbereiche

der EU wie **Handel, Erweiterung, Nachbarschaftspolitik und Entwicklung**, in die externe Dimension zentraler Politikbereiche der EU, in die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Einhaltung **angemessener Arbeits- und Umweltnormen im internationalen Handel**.

Die Förderung der **legalen Migration**, eine stärker integrierte Partnerschaft Europa-Mittelmeer und EU-Afrika sowie ein stärkerer Zusammenhalt der Zivilgesellschaft in den Ländern des Südens werden weitere zentrale Themen im Rahmen der Aktivitäten im Zusammenhang mit **der Nachbarschaftspolitik und afrikanischen Ländern** sein, wobei ein besonderes Follow-up des **Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD)** vorgesehen ist. Hinsichtlich der **östlichen Nachbarn** wird eine aktive Einbeziehung der Plattformen der Zivilgesellschaft mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine die oberste Priorität sein.

Der EWSA wird die **Verhandlungen der EU über Handelsabkommen** und die Überwachung von EU-Abkommen durch die Zivilgesellschaft begleiten. Besondere Aufmerksamkeit wird den mit **Kanada, der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien** geschlossenen Freihandelsabkommen sowie den Verhandlungen mit den **USA, Japan und weiteren Ländern** gelten. Der Vorsitz wird eingeladen, die Arbeiten des EWSA in den Bereichen Handel und nachhaltige Entwicklung im Rahmen dieser Abkommen zu verfolgen.

Der maltesische Ratsvorsitz wird in die Arbeiten des EWSA zur EU-Erweiterungspolitik einbezogen und zum Forum der Zivilgesellschaft EU-Westbalkan eingeladen. Der EWSA wird außerdem die Beziehungen zwischen der EU und





...

der Türkei genau verfolgen, insbesondere was Themen wie die Modernisierung der Zollunion des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei anbelangt. Hinsichtlich **Lateinamerika** wird der Ratsvorsitz dazu eingeladen, an der zweijährlich vom EWSA organisierten Tagung zivilgesellschaftlicher Organisationen der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) teilzunehmen. Darüber hinaus wird der EWSA die **Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit** im Rahmen der **Entwicklungspolitik** der EU aufmerksam verfolgen.

Der EWSA wird sich, in Übereinstimmung mit den Prioritäten des maltesischen Ratsvorsitzes, mit den besonderen Gegebenheiten von **Inselgebieten** beschäftigen, die unter schweren und dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen leiden. Der Ausschuss wird sich außerdem weiter mit der **Entwicklung der städtischen Gebiete** befassen und die Umsetzung der EU-Städteagenda fördern, wobei der Schwerpunkt auf der Feinabstimmung dieses europäischen Projekts liegen wird. Darüber hinaus wird sich der EWSA weiterhin aktiv an der Umsetzung der **makroregionalen Strategien** und anderer europäischer Programme beteiligen.

Der EWSA wird zudem zu den Entwicklungen im Bereich der Statistik beitragen, indem er sich zu einem Vorschlag über die **Verlängerung des Europäischen Statistischen Programms** äußern wird, mit dem die Kommission beabsichtigt, die Relevanz, Aktualität und Qualität europäischer Statistiken zu verbessern.

Was die Digitale Agenda anbelangt, wird ein zentraler Bestandteil der Arbeit des Ausschusses die Umsetzung der Strategie für einen **digitalen Binnenmarkt bleiben**. Der Ausschuss wird die Integration der digitalen Wirtschaftsbereiche der EU uneingeschränkt unterstützen und sich für die Beseitigung nationaler Barrieren für Online-Transaktionen einsetzen, um die Produktivität und Beschäftigung Europas zu stärken. Da die Vorschriften im Zusammenhang mit dem digitalen Binnenmarkt mit den technologischen Veränderungen nicht Schritt gehalten haben, wird ein besonderes Augenmerk auf der Bewertung und Reform des Regelungsrahmens für die elektronische Kommunikation und elektronische Dienste liegen, wobei das Ziel darin besteht, Investitionen zu fördern, einen fairen Wettbewerb sicherzustellen, die Vorschriften Roamingvorleistungsmärkte zur Förderung der Entwicklung des „Zugangs der nächsten Generation“ (NGA) anzupassen sowie die Frequenzpolitik zur Bewältigung der wachsenden Nachfrage der Bürger nach mobilen Breitbandangeboten zu aktualisieren und modernisieren. Der EWSA wird zudem eine Studie zum Thema „Big Data“ zum Abschluss bringen und einen Katalog mit bewährten Verfahren zum Thema „Intelligente Städte und Inseln“ veröffentlichen, in dem Maßnahmen ermittelt werden sollen, die notwendig sind, um die Lebensqualität zu verbessern sowie Armut und Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

In Malta selbst plant der EWSA eine Konferenz zum Thema „**Digitales Europa und industrieller Wandel**“ mit Schwerpunkt auf Industrie 4.0 und Digitalisierung im europäischen Finanzsektor, der Automobilindustrie und dem Gesund-

heitswesen und im Hinblick auf die Beschäftigung, Ausbildung sowie die wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen

Der EWSA wird an seine früheren Stellungnahmen zur **Europäischen Energieunion** anknüpfen und sich weiter mit konkreten Gesetzesvorschlägen beschäftigen. Der Ausschuss wird vor allem auf die Bedeutung einer weiteren Stärkung der Governance der Energieunion aufmerksam zu machen, insbesondere durch die Verbesserung der jährlichen Berichterstattung über die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Energieunion und durch die Stärkung der Stimme der Zivilgesellschaft in diesem Prozess. Eine derartige Verbesserung der Governance ist nach Ansicht des Ausschusses eine zentrale Voraussetzung für die Ermittlung der verschiedenen Perspektiven, Bedürfnisse und Ressourcen in der gesamten EU sowie für die Unterstützung der Argumentation für eine verstärkte Koordination und Solidarität unter den Mitgliedstaaten. Die Koordination und Solidarität scheinen besonders relevant, da die EU derzeit ihre Politik in den Bereichen Energiesicherheit, erneuerbare Energien und Energieeffizienz vor dem Hintergrund des ehrgeizigen Übereinkommens von Paris und größer werdender geopolitischer Spannungen überprüft. Der EWSA unterstützt die Bemühungen der EU um die Verbesserung der Governance durch den Vorschlag für einen **Europäischen Energiedialog** mit der Zivilgesellschaft zur Flankierung Energieunion, der jedes Jahr in der Antwort des Ausschusses auf den Bericht der Europäischen Kommission über die „Lage der Energieunion“ gipfeln soll.

Der Ausschuss wird den Schwerpunkt seiner Arbeit weiterhin auf die Aufrechterhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des **europäischen Verkehrssektors** legen. Die Umsetzung der **Luftfahrtstrategie für Europa** wird genau verfolgt werden, um Impulse sowie eine gebündelte Unterstützung vonseiten der Interessenträger für eine effektive Umsetzung zu erreichen. Als starker Befürworter eines echten Binnenmarkts für den **Seeverkehr** begrüßt der Ausschuss die Ausrufung des Europäischen Jahres des Meeres 2017. Der EWSA wird den von der Kommission durchgeführten Fitness-Check der EU-Rechtsvorschriften im Bereich der Seeschifffahrt und das REFIT-Programm in Bezug auf die Ausbildung von Seeleuten verfolgen.

Der EWSA wird außerdem die Umsetzung der **Fazilität „Connecting Europe“** und der **TEN-V-Politik** unterstützen. Der Ausschuss wird in diesem Zusammenhang den partizipativen Dialog zwischen den staatlichen Behörden und der Zivilgesellschaft, insbesondere was ausgewählte zentrale Korridore des TEN-V-Netzes anbelangt, weiter vertiefen, um das Verständnis und die Akzeptanz verkehrspolitischer Maßnahmen sowie die Qualität und Effizienz der zu treffenden Entscheidungen zu verbessern.

Ein Schwerpunkt wird schließlich auch auf aktuellen Themen wie der Verringerung der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen und den Auswirkungen der COP21 auf die europäische Verkehrspolitik sowie auf den Themen Big Data und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen, Regulierung der Wirtschaft des Teilens (Sharing Economy) im Bereich Verkehr sowie Marktzugang und soziale Dimension der Branche liegen.



Geleitwort des maltesischen Ratsvorsitzes



Dr Ian BORG
Parlamentarischer Staatssekretär für den
EU-Vorsitz 2017 und die EU-Fonds

Der EU-Ratsvorsitz, den Malta turnusgemäß übernimmt, bietet dem Land eine einzigartige politische, wirtschaftliche und kulturelle Chance. In Zeiten beispielloser Herausforderungen ist er für Malta eine ausgezeichnete Gelegenheit, mit politischem Mut, Führungsstärke sowie einer klaren, unabhängigen Stimme maßgeblich zur engeren Zusammenführung der Union für das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger Europas beizutragen.

Maltas Fähigkeiten und Ressourcen werden damit auf eine harte Probe gestellt. Wir sind werden jedoch nicht allein, und die Demonstration, dass wir weitaus stärker sind, als es den Anschein hat, wird im Hinblick auf die späteren Ergebnisse des Ratsvorsitzes für den Staat und für die Union außerordentlich wertvoll sein. Malta verfügt darüber hinaus über das Potenzial, wichtige politische Programme (bzw. Dossiers) zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, Gewährleistung finanzieller Stabilität, Stärkung der sozialen Solidarität, Verbesserung des Zugangs zu neuen Märkten, Bekämpfung des Klimawandels, Erzielung von Fortschritten bei der Energieunion und einer digitalen Union sowie zum Schutz der Grenzen und zur Gewährleistung der Sicherheit zugunsten der Menschen Europas umzusetzen.

Wir sehen unsere Zusammenarbeit mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) als ein zentrales Element für den Erfolg unseres Ratsvorsitzes. Der Ausschuss schlägt eine Brücke zwischen den Brüsseler Institutionen und den Menschen Europas – eine Brücke zum Austausch von Ideen und zum Dialog. Wir und der EWSA sind bestrebt, dem einzelnen Bürger den

europäischen Prozess näherzubringen und in verständlicher zu gestalten. Wir werden zuweilen Dinge in Frage stellen, konstruktive Kritik üben und diskutieren müssen, um bessere, stärkere Übereinkommen zu erzielen und die Gestaltung der Politik zu verbessern, damit diese den Menschen im Alltag bestmöglich zugutekommt. Wir sehen den EWSA in dieser Hinsicht als Gleichgesinnten!

Unser Ratsvorsitz fällt in eine Zeit, in der die Bemühungen der Kommissionsmitglieder und der Staats- und Regierungschefs der EU gänzlich auf die Erzielung von Ergebnissen ausgerichtet sind. Es werden viele wichtige Dossiers auf unserer Tagesordnung stehen und wir werden deshalb schwierige Entscheidungen darüber treffen müssen, worauf die Anstrengungen vorrangig zu richten sind. Wir engagieren uns für einen Ratsvorsitz, der sich durch Ergebnisse, nicht durch Rhetorik auszeichnet, und haben unsere Arbeit nach Prioritäten gruppiert, die in diesem Dokument dargelegt sind. Ich möchte drei dieser Prioritäten im Detail hier erörtern.

Die Zuwanderung ist eines der größten transnationalen Probleme unserer Zeit – ein Problem, das meiner Ansicht nach noch weiter an Bedeutung gewinnen wird. Die Attraktivität der EU für Migranten ist zum Teil eine Folge ihres Erfolgs, und inmitten des weit verbreiteten Zynismus über das europäische Projekt sollten wir uns nicht scheuen, die Menschen daran zu erinnern: Die große Anziehungskraft liegt in der Aussicht auf ein System, das auf Regeln und Vorschriften basiert, mit gemeinsamen Werten, für Neuankommlinge in der Aussicht auf Beschäftigung, ein Dach über dem Köpfen und Bildung für ihre

Kinder. Europa bietet den Vertriebenen Hoffnung für die Zukunft, während die Orte, die sie verlassen, dies häufig nicht tun.

Zusammen müssen wir jedoch in der Lage sein, unsere Grenzen zu schützen und die Last in Bezug auf die Bewältigung des Zustroms gleichmäßiger zu verteilen. Wichtige Reformen, die das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) und insbesondere die Dublin-Verordnung stärken, werden unsere künftige Arbeit hier prägen. Anknüpfend an den EU-Afrika-Gipfel zur Migration, den wir 2015 in Valletta ausgerichtet haben, wollen wir sicherstellen, dass wir die dort erzielten Übereinkommen weiterverfolgen, und gewährleisten, dass wir die Rechte und Aufgaben auf beiden Seiten im Rahmen unserer Beziehungen zu Drittländern, insbesondere im nördlichen und subsaharischen Afrika besser definieren, damit wir viele der Ursachen, die der Wirtschaftsmigration aus diesen Regionen zugrunde liegen, in Angriff nehmen können.

Die Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts, insbesondere im Bereich des elektronischen Geschäftsverkehrs, wird bestimmend für den zukünftigen wirtschaftlichen Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger sein, und uns ermöglichen, ein Europa zu errichten, das auch in Zukunft faire Wettbewerbsbedingungen und Chancen für alle – Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Verbraucher – bietet. Wir wollen auf der Arbeit der vorhergehenden Ratsvorsitze aufbauen, um die Roaminggebühren für den Mobilfunkgespräche und mobile Datenkommunikation für die europäischen Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Union endlich abschaffen – hierbei handelt es sich um eine

konkrete Maßnahme, die das Leben für Millionen von Menschen, sei es im Urlaub, bei der Arbeit oder auf Reisen im Ausland, verbessern wird. Wir wollen außerdem die Einführung einheitlicher Vorschriften für verschiedene Bereiche, wie z. B. Online-Versandkosten, prüfen, und Geoblocking reduzieren, um diskriminierende Praktiken, die Verbraucher benachteiligen, zu verhindern.

Schließlich wollen wir uns während unseres Ratsvorsitzes auch für einen progressiven Ansatz bei sozialen Fragen einsetzen. Insbesondere soll die Botschaft gestärkt werden, dass Gewalt gegen Frauen nicht toleriert werden darf. Wir wollen uns hierfür stark machen und den Weg für europaweite Rechtsvorschriften zur Bekämpfung dieses Problems ebnen. Wir werden außerdem eng mit dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) zusammenarbeiten, um die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt zu verbessern, und den Vorschlag für eine Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Unternehmen befürworten. Malta wird eine Ministerkonferenz zu LGBTI-Fragen abhalten, um hinsichtlich des Fahrplans der Europäischen Kommission in diesem Bereich weitere Fortschritte zu erzielen.

Malta ist ein stolzer Nationalstaat und auch stolz darauf, zu Europa zu gehören. Wir wollen unseren Erfolg an unserer Fähigkeit messen, politische Lösungen zugunsten aller Menschen in Europa bereitzustellen. Der Ratsvorsitz bietet

eine einzigartige Gelegenheit, unserer Stimme Gehör zu verschaffen, durch eine offene und ehrliche Kommunikation. Glaubwürdigkeit für die EU zu gewinnen und gleichzeitig neue Möglichkeiten zu finden, um die Verbesserungen herauszustellen, die die in Brüssel getroffenen Entscheidungen für das Leben der Menschen bewirken können.

Wir freuen uns auf diese Herausforderungen und auf die Zusammenarbeit mit dem EWSA. Unsere Fähigkeit, zuzuhören, die Menschen zusammenzubringen, zu beraten und zu führen wird entscheidend sein, um echte Erfolge auf europäischer Ebene zu erzielen.

Dr Ian BORG

*Parlamentarischer Staatssekretär für den EU-Vorsitz
2017 und die EU-Fonds*



MALTA EU2017





Allgemeine Informationen über Malta

Amtliche Bezeichnung	Republik Malta
Hauptstadt	Valletta
Fläche	316 km ²
Weitere bedeutende Städte (nach Einwohnerzahl)	Qormi, Żabbar, Żebbuġ
Landessprache	Maltesisch
Amtssprachen	Maltesisch und Englisch
Währung	Euro
Bevölkerung (31/12/2015)¹	420 501
Im Ausland geborene Staatsbürger (1/12/2015)²	42 430
BIP zu aktuellen Preisen (in Mio. EUR, 2015)²	20 300
BIP pro Kopf (in Kaufkraftstandards [KKS], EU-28 = 100, 2015)²	89
Inlandsbeschäftigung (2016)²	176 368
Beschäftigungsquote (Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren, 2015)²	63,9%
Arbeitslosenquote (2016)²	4,9%
Lebenserwartung bei Geburt (2015)¹	Frauen: 84,20 Jahre / Männer: 79,80 Jahre
Hauptexportgüter (in % der Gesamtexporte, 2015)³	Elektrische Maschinen und Geräte Mineralische Brennstoffe, Mineralöle und Bergbauerzeugnisse Pharmazeutische Erzeugnisse
Hauptimportgüter (in % der Gesamtimporte, 2015)³	Mineralische Brennstoffe, Mineralöle und Bergbauerzeugnisse Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen Elektrische Maschinen und Geräte

¹ <http://countrymeters.info/de/Malta>

² Eurostat

³ Trademap



Bitte vormerken

22. Februar 2017 – Eröffnung der Ausstellung –

Textures of memory von Joe P Smith (Brussel)

21. März 2017 – Europäischer Verbrauchertag (Malta)

23./24. März 2017 – Sitzung der Gruppe Verschiedene Interessen (Malta)

11./12. Mai 2017 – Sitzung der Gruppe Arbeitnehmer (Malta)

11./12. Mai 2017 – Sitzung der Gruppe Arbeitgeber (Malta)

31. Mai 2017 – Maltesischer Abend und Eröffnung der Ausstellung –

Regnum von Kris Micallef (Brussel)

22./23. Juni 2017 – Jahressitzung der Präsidenten und Generalsekretäre der nationalen WSR und des EWSA (Malta)

5. Juli 2017 – EWSA-Plenartagung –

Erläuterung der Ergebnisse des maltesischen Ratsvorsitzes

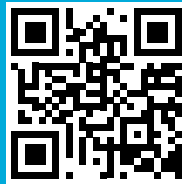


Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen
EESC-2016-63-DE

www.eesc.europa.eu



© Europäische Union, 2017
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Für die Verwendung oder Reproduktion der Fotos muss die Genehmigung direkt beim
Urheberrechtinhaber eingeholt werden:

- S. 6 – @Shutterstock.com/TheLiftCreativeServices
- S. 11 – @Shutterstock.com/Chantal de Bruijne
- S. 14-15 – @Shutterstock.com/TheLiftCreativeServices
- S. 17 – @Shutterstock.com/gagarych



Print:
QE-04-16-837-DE-C
ISBN 978-92-830-3252-6
doi:10.2864/544137

Online:
QE-04-16-837-DE-N
ISBN 978-92-830-3248-9
doi:10.2864/374156

DE